

Betreff: Migrationspakt/Stellungnahme
der Stadtregierung



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 15. 11. 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Bestürzung darüber, dass die Bundesregierung entschieden hat, Österreich werde den UN-Migrationspakt, wie er von 190 Staaten mitgetragen wird, nicht unterschreiben, ist groß, wie zahlreiche Reaktionen beweisen, wie die Zehntausenden Unterschriften beweisen, die binnen kürzester Zeit für eine Fortsetzung der Gespräche gesammelt wurden: Vom Bundespräsidenten über den österreichischen Alt-Erzbischof, von hochrangigen VertreterInnen der Caritas bis hin zu NGO's – zahlreichen Persönlichkeiten haben ihr Unverständnis für diesen Schritt zum Ausdruck gebracht; und auch du, als Bürgermeister der Stadt Graz, haben beim Totengedenken zu Allerheiligen am Zentralfriedhof einen indirekten Appell an die Bundesregierung gerichtet, die Gespräche nicht abzubrechen.

Diese deutlichen Botschaften geben Hoffnung: Gerade weil die Österreicherinnen und Österreicher in der Vergangenheit Großartiges geleistet haben, wäre dies ein fatales Signal, vom Verhandlungstisch aufzustehen und Marrakesch – wo im Dezember die Schlussrunde und Unterzeichnung des Paktes stattfinden soll, zu meiden: Ist dieser Pakt doch als eine Aufforderung an die Staatengemeinschaft zu verstehen, dass alle dazu beitragen sollten, Migrations- und Fluchtursachen zu bekämpfen und die Migration geordneten Bahnen zuzuführen, das Schlepperunwesen damit einzudämmen.

Und wenn Graz seinen Status als Menschenrechtsstadt ernst nimmt, sind auch wir als Stadt gefordert, ein klares Zeichen zu setzen und an die Bundesregierung zu appellieren, den Verhandlungstisch in Sachen UN-Migrationspakt nicht zu verlassen. Denn sich der Koalition der Toleranz und Vernunft, die da 190 Staaten unter UN-Flagge bilden, zu entziehen hieße, sich selbst aus der Völkergemeinschaft auszugrenzen: Und das kann nicht dem Selbstverständnis und der Tradition unseres Landes entsprechen. Zumal dieser Pakt keine Verpflichtungen und Muss-Bestimmungen beinhaltet. Umso schwerer nachzuvollziehen ist, dass seitens der Bundesregierung angeblich 17 des insgesamt 23 Punkte abgelehnt werden, obwohl viele davon schlicht und einfach Grund- und Menschenrechten entsprechen: Etwa die Forderung nach Verfolgung von Hassverbrechen, der Zugang zu Bildung, Maßnahmen gegen Intoleranz, die Verhinderung von

Täterprofilierungen aufgrund der Rasse, Ethnie oder Religion etc. Doch genau das sind zum Beispiel Positionierungen, die für die Menschenrechtsstadt Graz als unverrückbar und selbstverständlich gelten sollten.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage,

ob du bereit bist, im Sinne des Motivenberichtes zu versuchen, in der Stadtregierung einen zumindest mehrheitlich getragenen Appell an die Bundesregierung zu verabschieden, diesen Ausstieg aus dem Migrationspakt noch einmal zu überdenken und die Gespräche und Verhandlungen weiterzuführen, gegebenenfalls auch noch in Marrakesch.